

19. VII. 1919

## Entschlossenheit der Regierung zur Abwehr neuerlicher Putschversuche.

Wien, 18. Juni.

In Abgeordnetentreifen besteht folgende Auffassung über die gegenwärtige Situation: Ueber die kommunistischen Bewegungen in Wien lauten die Äußerungen aller maßgebenden Funktionäre heute beruhigend. Nach der Ansicht der Regierungskreise ist eine Wiederholung der blutigen Ereignisse vom letzten Sonntag vorläufig nicht zu befürchten. Nach den Erklärungen, die gestern im Kabinettsrat abgegeben wurden, ist die Volkswehr mit ganz geringen Ausnahmen gegen die kommunistischen Versuche zur Errichtung einer Räterepublik und entschlossen, alle diese Versuche energisch abzuwehren. Die Debatte im Kreisarbeiterrat zeigt, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft Wiens gegen die kommunistische Umsturzpropaganda Stellung nimmt. Es wird ferner versichert, daß auch die Führer der Wiener Kommunisten selbst zur Einsicht gelangt sind, daß ihre Anhängererschaft momentan noch zu schwach ist, um den Umsturz herbeizuführen. Der springende Punkt bei der Beurteilung der Situation ist die von der ungarischen Regierung im Wege der Gesandtschaft in der Bankgasse betriebene Propaganda. Die ungarische Gesandtschaft verfügt über sehr große Geldmittel, die sie der kommunistischen Agitation zur Errichtung einer Räterepublik in Deutschösterreich zur Verfügung stellt. Das Gebäude der ungarischen Gesandtschaft in Wien ist die Zentralstelle der kommunistischen Bewegung, verfügt über zahlreiche Agenten, die bereits über Wien hinaus tätig sind, und steht mit den Führern der Wiener kommunistischen Bewegung in ständiger Fühlung. Im gestrigen Kabinettsrat war anfänglich die Meinung vorherrschend, daß die Regierung darauf drängen müsse, daß die kommunistische Agitation in der ungarischen Gesandtschaft eingestellt wird. Erst die Bedenken, die Staatssekretär Dr. Bauer gegen ein solches Einschreiten äußerte und die er mit dem Hinweis auf die in Ungarn befindlichen deutschösterreichischen Milliardenwerte, die dadurch gefährdet würden, begründete, bewirkten eine Abschwächung der ursprünglichen Stimmung. Es soll zunächst versucht werden, die ungarische Regierung in Verhandlungswege zur Einstellung ihrer kommunistischen Propaganda in Wien zu bewegen. Die Regierung ist ferner entschlossen, die kürzlich publizierte Ausweisverordnung gegenüber den nach dem 1. März eingewanderten Ungarn streng durchzuführen. Nach Ansicht der Abgeordneten müßte auch ein Einreiseverbot und eine strenge Grenzüberwachung gegenüber Ungarn stattfinden.

Gegenüber diesen beruhigenden Äußerungen der amtlichen Stellen ist es jedoch in Abgeordnetentreifen bekannt, daß die kommunistische Agitation in Wien mit unverminderter Intensivität weiter betrieben wird. Das neu angekaufte Parteilokal der Kommunisten in der Mersbachstraße ist auch militärisch ganz zu Verteidigungszwecken eingerichtet, und ein kommunistisches Bataillon der Volkswehr scheint sich ganz den Parteizwecken der Kommunistenführer zur Verfügung gestellt zu haben. Besonders intensiv wird die Propaganda in Flugzetteln betrieben. Um so zeitgemäßer erachtet man die im heutigen Abendblatt der „Neuen Freien Presse“ publizierte Mitteilung von maßgebender informierter italienischer Seite, nach der bei einem Andauern der Umsturzversuche in Wien Italien nicht nur jede Lebensmittelsendung sistieren, sondern wahrscheinlich auch die Entente neuerlich die Blockade über Deutschösterreich verhängen würde. Unter solchen Umständen wäre ein Umsturz in Wien von überraschend kurzer Dauer. Eine Räterepublik in Wien müßte nach wenigen Tagen in einer Hungerkatastrophe enden. Im übrigen versichern die Abgeordneten aus der Provinz, daß ein Umsturz in Wien oder auch nur Wiederholungen der Ausschreitungen vom Sonntag eine völlige Absperrung der Länder gegen Wien zur Folge haben müßte und daß der Sitz der

Nationalversammlung zweifellos von Wien in eine Landeshauptstadt, wahrscheinlich nach Salzburg, verlegt würde. Diese Tatsachen sind auch den Wiener Kommunistenführern bekannt, ebenso wie der Wiener Arbeiterschaft. Sie sind so zwingender Natur und so handgreiflich, daß anzunehmen ist, daß die kommunistischen Umsturz-Bewegungen in Wien in der Partei selbst trotz der Agitation und Propaganda der ungarischen Gesandtschaft kaum so viele Anhänger finden werden, um einen Putschversuch ernstlich durchzuführen.

Sollte die Ueberreichung des zweiten Teiles der Friedensbedingungen entsprechend den aus Saint-Germain kommenden Nachrichten tatsächlich im Laufe des morgigen Tages erfolgen, so würde wahrscheinlich genau so wie nach der Ueberreichung des ersten Teiles die Zusammenkunft des Staatskanzlers Dr. Kerner mit dem Präsidenten Seitz und mit den Funktionären der deutschösterreichischen Regierung Samstag oder Sonntag stattfinden. Die Nationalversammlung würde in diesem Falle am 24. d. zusammentreten. Der Friedensvertrag würde dann als Ganzes vorliegen und in seiner Gesamtwirkung beurteilt werden können. Die Gegennoten auf den ersten Teil des Friedensvertrages sind bereits an die Entente abgegangen. Derselbe Vorgang würde auch bei den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen eingehalten werden. Es würde also eine wirtschaftliche und eine finanzielle Antwortnote von der Friedensdelegation im Einvernehmen mit der deutschösterreichischen Regierung ausgearbeitet und der Entente überreicht werden. In Abgeordnetentreifen mißt man den

Verhandlungen, die mit der italienischen Regierung über Deutschsüdtirol eingeleitet wurden, große Bedeutung zu. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß auf diesem Wege das Problem Deutschsüdtirols eine Lösung erfährt, die eine gänzliche Losreißung dieser deutschen Gebiete von Deutschösterreich verhindert. Auch besteht die Meinung, daß der endgültige Friedensvertrag speziell in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung nicht unwesentliche Erleichterungen gegenüber den ursprünglichen Bedingungen aufweisen dürfte. Schon im Zusammenhang mit der nahen entscheidenden Schicksalsstunde des deutschösterreichischen Staates betonen die Abgeordneten, daß die deutschösterreichische Bevölkerung und der deutschösterreichische Staat keinen verhängnisvollen Erschütterungen ausgesetzt werden dürfen.